

Nun auch Mali – Das Ende des Militäreinsatzes

Nach vielen Jahren, die nicht zuletzt Geld und Leben – auch das unserer Soldat*innen – kosteten, müssen wir einsehen: Es gelang uns nicht Brücken zur Bevölkerung vor Ort zu bauen. Was können wir daraus für die Zukunft lernen?



Nur wenige Monate nach dem Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan endet nun auch der von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich 2013 begonnene Einsatz in Mali. Was als Kampf gegen den islamistischen Terrorismus in der Region startete, entwickelte sich für die Bundeswehr zum größten Auslandseinsatz überhaupt. Nach dem vorangegangenen Putsch, der die territoriale Integrität Malis bedrohte, begrüßten breite Teile der Bevölkerung das Engagement des Westens. Das ist nun vorbei. Die Gründe für den Abzug klingen fast schon beleidigt: Die derzeitige Regierung Malis komme den Aufforderungen nach demokratischen Wahlen nicht nach. Diese einseitige Sichtweise

ignoriert, dass es – ähnlich wie in Afghanistan – trotz massiver Militärausgaben nicht gelungen ist, Stabilität herzustellen. Der Verdacht, dass es eher um die traditionelle Wahrung des in kolonialen Zeiten etablierten Zugangs zu den Ressourcen der Region und um die Kontrolle des Migrationsgeschehens in Richtung EU geht, machte sich immer breiter. Wir als Globaler Norden sollten uns ernsthaft fragen: Woran liegt es, dass andere externe Player – konkret geht es hier vor allem um Russland und China – es zunehmend vermögen, Akzeptanz zu steigern, wo wir sie verlieren. Genannte Akteure sind sicher keine Unschuldengel. Darum geht es nicht. Aber sie verkaufen sich auch nicht als solche – anders als wir, die meinen, wir seien die einzigen, die Demokratie, Menschen- und Freiheitsrechte „exportieren“ könnten. Hätten wir nach dem Ende des Kolonialismus glaubwürdig bewiesen, dass uns „Augenhöhe“ und der Abbau historisch gewachsener Ungleichheiten ein Kernanliegen sind, hätte die vorbelastete Beziehung zwischen Globalem Norden und Süden eine Chance auf Heilung gehabt. Die 2013 in Mali verbreitete Akzeptanz des Militäreinsatzes waren Vorschusslorbeeren. Unser Fokus aber auf der Wahrung des auf historischen Umverteilungsprozessen beruhenden Status quo, die unsere Perspektiven und Machtbasis garantiert und die im Zweifel ökonomische und sicherheitspolitische Interessen über eine Realisierung von tatsächlicher Demokratie in ehemaligen Kolonialgebieten stellt, scheint zu offensichtlich geworden zu sein. Das nutzen andere für sich. Neue Player vor Ort müssen nur ein bisschen mehr in ökonomische Perspektiven investieren, als wir dies bisher taten und tun, um ihren Einfluss auszubauen. Und am Ende ist die ökonomische Basis entscheidend dafür, ob sich eine Demokratie zumindest theoretisch entwickeln kann oder nicht. Es ist paradox: Wir fordern Demokratie und unterschlagen, dass unsere Demokratie untrennbar mit ökonomischen Perspektiven verbunden ist. Wenn wir weiter eine Rolle bei der Gestaltung einer lebenswerteren Welt für möglichst viele spielen wollen, müssen wir die Diskrepanz zwischen

propagierten hehren Absichten und tatsächlichem Handeln endlich überwinden. Ein Beginn wäre eine Entwicklungspolitik, die erkennt, dass die Demokratie eine umso größere Chance hat, je autarker Ökonomien souverän eigene Ressourcen weiterverarbeiten können und zu fairen Bedingungen – auch auf dem Weltmarkt – anbieten können. Dadurch entstehen Perspektiven vor Ort und alte sowie neue Abhängigkeiten würden minimiert werden. Hier müssen wir umdenken und klar erkennbar neues Handeln umsetzen. Sonst manövrieren wir uns weiterhin ins Abseits. Mit den SDGs haben wir einen Rahmen. Den müssen wir aber noch ernster nehmen.

Serge Palasie, Februar 2022